

## **Parallelen**

**der Budget- und Wirtschaftspolitik im Österreich der  
30er Jahre mit jener seit dem Jahr 2000**

Dr. Andreas Höferl  
Wien, April 2004

## Parallelen der Budget- und Wirtschaftspolitik im Österreich der 30er Jahre mit jener seit dem Jahr 2000<sup>1</sup>

Univ. Prof. Ing. Mag. Dr. Gerhard Senft, a.o. Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, beschreibt in seinem Buch „Im Vorfeld der Katastrophe – Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates Österreich 1934-1938“ (erschienen 2002 im Braumüller Verlag Wien, herausgegeben von Anton Pelinka und Helmut Reinalter) sehr ausführlich die Wirtschafts- und Budgetpolitik der 30er Jahre in Österreich, wobei der Schwerpunkt beim Ständestaat von 1934 bis 1938 liegt. Er offenbart dabei unzählige Parallelitäten in den politischen Ansätzen, Maßnahmen und Wirkungen der damaligen Politik zur Wirtschafts- und Budgetpolitik seit dem Regierungswechsel in Österreich im Jahr 2000.

Es wird offenkundig, dass zwischen der Wirtschafts- und Budgetpolitik der 1. Republik, die den Lehren der neoklassischen Wirtschaftstheorie folgte, und der Wirtschafts- und Budgetpolitik der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung seit dem Jahr 2000, die der neoliberalen Wirtschaftstheorie folgt, **außerordentlich viele Übereinstimmungen und Parallelen in den Maßnahmen und in den Wirkungen** bestehen, wenngleich es natürlich Unterschiede in den Dimensionen gibt und die Demokratie in Österreich heute weit gefestigter ist als damals.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse, Erkenntnisse und Formulierungen aus diesem Buch in der linken Spalte zusammengefasst und den wichtigen Maßnahmen der österreichischen Bundesregierungen seit dem Jahr 2000 in der rechten Spalte gegenübergestellt:

Die Zeit bis 1933/34	Die Zeit ab 2000
Schon im November 1922 wurde als ein Hauptziel die <u>Beseitigung des Budgetdefizits</u> formuliert. In der Folge wurden die <u>Staatsausgaben drastisch verringert</u> und <u>Steuern erhöht</u> . Die <u>Verringerung der Zahl der Bundesbeamten</u> um 100.000 wurde als Ziel formuliert.	Im Mai 2000 erklärte Finanzminister Grasser, <u>13.000 Beamte einsparen</u> zu wollen, im Juli 2000 kündigte er ein „ <u>Nulldefizit</u> “ bis 2002 an. Im Oktober 2000 erklärte er, dass <u>die Staatsausgaben wesentlich gekürzt</u> werden sollen.
Ende 1923 wurde das „ <u>Budgetgleichgewicht</u> “ hergestellt. Allerdings verstärkte sich die Wirtschaftskrise.	Im November 2001 erklärte Finanzminister Grasser, dass das „ <u>Nulldefizit</u> “ schon 2001 erreicht werde. 2001 ging das Wirtschaftswachstum deutlich zurück.
Die damals dominierende neoklassische „ <u>Österreichische Schule der Nationalökonomie</u> “ (Ludwig Mises, Friedrich Hayek u.a.m.) vertrat die Auffassung, dass nur ein funktionierender Markt wirtschaftliches Gleichgewicht herstellen könne ( <u>Selbstheilungskräfte des Marktes</u> ); die Wirtschaft könne nur gesunden auf Basis von <u>Währungsstabilität</u> und <u>Angleichung des Staatshaushaltes</u> gesunden; <u>Sparen und Ausgabenreduktion</u> seien dazu probat. Der <u>schwache Konsum</u> wurde als untergeordnetes Problem betrachtet.	Die heute dominierende Wirtschaftslehre des <u>Neoliberalismus</u> (Milton Friedmann, „Chicagoer Schule“ u.a.m.; wegen der einseitigen Geldmengenorientierung auch <u>Monetarismus</u> genannt) vertritt sehr ähnliche Auffassungen: er greift zurück auf wirtschaftsliberale Maximen, wirtschaftliche und soziale Probleme würden durch den freien Markt, die Privatwirtschaft gelöst. Aktivitäten des Staates und Gewerkschaften würden hinderlich wirken.
Österreich verblieb in den 20er Jahren den-	Seit 2001 hat Österreich ein Wirtschafts-

<sup>1</sup> Quelle: Univ. Prof. Dr. Gerhard Senft: Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates; Braumüller Verlag, Wien 2002

<p>noch in einer <u>ökonomischen Dauerkrise</u>, glitt von 1929 bis 1934 sogar in eine <u>Rezession</u>. Der <u>freie Kapitalverkehr</u> brachte etliche heimische Banken in Turbulenzen. Der Glaube an die <u>Kräfte des Marktes</u> wurde auch durch den großen Börsencrash von 1929 nicht erschüttert. Im Gegenteil: trotz anhaltender Krise wurden die Rezepte mit noch größerer Anstrengung weiter verfolgt.</p>	<p>wachstum von nur mehr rund 1 % und die höchste Arbeitslosigkeit der 2. Republik. Der freie Kapitalverkehr hat erhebliche Aktien- und Devisenspekulationen ermöglicht. Der Absturz der Börsenkurse 2001/2002 hat nichts an der Wirtschaftspolitik geändert.</p>
<p>1931 wurde von einer „Krise der Weltwirtschaft“ gesprochen und von einer „<u>unverantwortlichen Anspannung der Staatsbudgets</u>“. Als Folge wurden die <u>öffentlichen Investitionen ab 1931 halbiert</u> und erreichten ab 1932 nahezu einen Nullpunkt.</p>	<p>Trotz rückläufiger Wachstumsprognosen ab dem Frühjahr 2001 wurde die Sparpolitik in Österreich fortgesetzt. Die <u>Investitionen des Bundes</u> waren 2003 nur mehr <u>halb so hoch</u> wie 1999.</p>
<p>Unter dem Rückgang der Investitionen hatte besonders <u>die Bauwirtschaft zu leiden</u> (von 1929 bis 1933 verzeichnete sie einen Kapazitätsrückgang um über 50 %).</p>	<p>Im Jänner 2003 wurde in Österreich eine <u>Rekordarbeitslosigkeit am Bau</u> mit rund 100.000 Arbeitssuchenden verzeichnet. Die <u>meisten Unternehmenspleiten</u> gab es in den letzten Jahren in der <u>Bauwirtschaft</u>.</p>
<p>Auch bei den <u>Bundesbahnen</u> wurde das wachsende <u>Defizit kritisiert</u> und eine <u>Personalverringerung</u> verlangt. Von 1932 bis 1937 wurden etwa 20.000 Bahnbedienstete gekündigt, ein geringer Teil in Pension geschickt. <u>Investitionen wurden gekürzt</u>, <u>Nebenbahnen stillgelegt</u>. Ursache für den deutlichen Rückgang der Fahrgast- und Güterzahlen waren allerdings auch hier Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosigkeit und geringere Masseneinkommen.</p>	<p>Im Jänner 2001 kündigte ÖVP-Verkehrssprecher Kukacka eine <u>Bahnreform</u> an, mit der das <u>Defizit</u> verringert werden soll. 2001 wurden die <u>Bahninvestitionen gekürzt</u> und 6 <u>Nebenbahnen eingestellt</u>. Im Sommer 2003 wurde erklärt, dass <u>12.000 Stellen</u> bei der Bahn gestrichen werden sollen.</p>
<p>Auch der „<u>Hauptverband der Industrie Österreichs</u>“ vertrat (1932) die Meinung, dass der Weg aus der Krise nur durch eine <u>Senkung der Löhne und sozialen Abgaben</u>, <u>der Arbeitslosenunterstützung</u> und durch <u>Steuererleichterungen für die Wirtschaft</u> möglich sei. Bereits im Herbst 1932 wurden großzügige Steuersenkungen angekündigt.</p>	<p>Die <u>Industriellenvereinigung</u> forderte im Februar 2000 eine <u>spürbare Steuerentlastung für Unternehmen</u>, im Juli 2000 eine <u>Senkung der Lohnnebenkosten</u>, im November 2001 die <u>Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für den Bezug des Arbeitslosengeldes</u>. Mehrmals wurden die <u>Lohnnebenkosten gesenkt</u>. Im Jänner 2004 wurde eine großzügige <u>Senkung der Körperschaftssteuer</u> angekündigt.</p>
<p>Ab 1929 kam es zu einem deutlichen <u>Rückgang der Löhne und Gehälter</u>. Von 1929 bis 1934 gingen die Masseneinkommen in Österreich um etwa ¼ zurück.</p>	<p>2001 wurden in Österreich erstmals seit vielen Jahren reale <u>Einkommensverluste der ArbeitnehmerInnen</u> (um 0,5 %) verzeichnet. Seit 2000 müssen die <u>PensionistInnen</u> reale Einkommensverluste (durch Pensionsanpassungen unter der Inflation) hinnehmen.</p>
<p>Der Rückgang der Löhne und Gehälter führte zu einem deutlichen <u>Rückgang der Nachfrage</u>, ein Problem, das von der neoklassischen Wirtschaftslehre ebenso wie vom Neoliberalismus als sehr untergeordnet betrachtet</p>	<p>Das Wachstum des <u>privaten Konsums</u> in Österreich ist seit dem Jahr 2001 <u>deutlich niedriger</u> als in den Jahren davor. Im Dezember 2001 verzeichnete Österreich den stärksten Rückgang der Industrieproduktion aller EU-</p>

wird. Dieser Nachfragerückgang wirkte sich <u>negativ auf die Produktionsbetriebe</u> aus. Der Mehl-, Zucker-, Fleisch-, Bier-, Holz-, Kohle-, und Bekleidungsverbrauch ging in den Jahren ab 1929 deutlich zurück, dadurch kam es zu einer deutlichen <u>Verringerung der industriellen</u> und einer <u>Halbierung der landwirtschaftlichen Produktion</u> .	Länder. 2003 hat auch der <u>Handel</u> deutliche <u>Umsatzrückgänge</u> hinnehmen müssen.
Durch den starken Nachfrage- und Produktionsrückgang <u>stieg die Arbeitslosigkeit dramatisch an</u> . Am Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1933 wurden in Österreich 557.000 Arbeitslose gezählt. Dennoch wurden der <u>Bezug von Arbeitslosengeld</u> von 30 auf 20 <u>Wochen gekürzt</u> und die <u>Voraussetzungen für die Notstandshilfe verschärft</u> .	Im <u>Jänner 2004</u> verzeichnet Österreich mit rund 350.000 Arbeitslosen die <u>höchste Arbeitslosigkeit der 2. Republik</u> . Bereits im Jahr <u>2000</u> wurde das <u>Arbeitslosengeld gekürzt</u> . Die Notstandshilfe soll in eine „Sozialhilfe neu“ umgewandelt und deutlich verringert werden.
Die Wirtschaftskrise und die Unternehmenspleiten wurden von der Regierung als „ <u>Selbstreinigungsprozess</u> “ der <u>Wirtschaft</u> interpretiert.	Bei Unternehmenspleiten ist heutzutage sehr oft von „ <u>Marktbereinigung</u> “ die Rede.

<b>1933: Höhepunkt der Wirtschaftskrise, Ausschaltung des Parlaments</b>	<b>Die Zeit ab 2000</b>
Folgen der hohen Arbeitslosigkeit waren auch ein <u>deutlicher Rückgang von Streiks</u> aus Angst um den Arbeitsplatz sowie ein <u>Rückgang bei der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder</u> , obwohl es zu einer deutlichen Zuspitzung der sozialen Konflikte kam.	Die <u>Zahl der Gewerkschaftsmitglieder</u> ist in Österreich <u>rückläufig</u> . Seit 2002 hat die <u>Zahl der Streiks</u> in Österreich allerdings deutlich <u>zugenommen</u> .
Der Personalabbau bei der Bahn führte 1933 zu einem <u>Eisenbahnerstreik</u> .	Im Herbst 2003 <u>streikten die Eisenbahner</u> gegen die Verschlechterung ihres Dienstrechtes.
Nach der <u>Ausschaltung des Parlaments</u> wurden 1933 die Polizeibefugnisse erweitert und der Ausbau von Heer und Exekutive vorangetrieben.	Mit dem <u>Sicherheitspolizei- und dem Militärbefugnisgesetz</u> wurden 2001 die Rechte dieser Einrichtungen stark erweitert.
Im <u>Kampf gegen das Rote Wien</u> wurden 1933 kommunale Steuergesetze angefochten und durch Drosselung der Bundeszuschüsse die Finanzkraft Wiens entscheidend geschwächt; dadurch kam z.B. der kommunale Wohnbau in Wien praktisch zum Erliegen.	Durch die Steuerreform 2005 und den neuen Finanzausgleich <u>drohen</u> Wien ab 2005 <u>massive Einnahmenverluste</u> von 230 bis 340 Mio. Euro jährlich.

<b>1934-1938: der autoritäre „Ständestaat“</b>	<b>Die Zeit ab 2000</b>
Nach der gewaltsamen Ausschaltung und dem darauf folgenden Verbot der Sozialdemokratie im Februar 1934 wurde in Österreich ein diktatorisches Regime errichtet. Trotz ihres offensichtlichen Scheiterns wich	

<p>die Bundesregierung jedoch auch in den darauf folgenden Jahren nicht von ihrer wirtschaftspolitischen Ideologie ab.</p>	
<p>Am 1.5.1934 trat eine neue <u>Bundesverfassung</u> in Kraft, in deren <u>Präambel</u> die <u>Berufung auf Gott</u> verankert war, „vom dem alles Recht ausgeht“.</p> <p>Der <u>Frau</u> war in dieser Verfassung die Rolle als „Gattin und Mutter“ zugedacht. Infolgedessen sah beispielsweise die „<u>Doppelverdienerverordnung</u>“ von Ende 1934 vor, dass weibliche Bundesangestellte die mit Bundesbeamten verheiratet waren, aus dem Dienst auszuscheiden hatten.</p>	<p>Im Jänner 2003 schlug ÖVP-Klubobmann <u>Khol</u> vor, in einer <u>Präambel</u> zur neuen <u>Bundesverfassung</u> „Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen“ zu verankern.</p> <p>Das von der Bundesregierung eingeführte „Kinderbetreuungsgeld“ führt unterdessen dazu, dass zahlreiche Frauen den beruflichen Anschluss verlieren und aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden.</p>
<p>Die <u>Banken</u> bildeten eine effiziente Lobby gegen staatliche Eingriffe, für <b>Währungsstabilität</b> und <b>Freizügigkeit von Waren und Kapitalverkehr</b>. Wirtschaftliches Heil sei vom <u>Auslandskapital</u> zu erwarten, wurde argumentiert. Eigennützig, an nationalen Interessen orientierte Geldpolitik und Währungsmanipulationen (der USA und GB) führten dennoch zu erheblichen internationalen Währungs-, Export- und Wirtschaftskrisen. Trotz fortdauernder Wirtschaftskrise nahm jedoch die <u>Liquidität</u> der österreichischen Banken zwischen 1934 und 1937 sogar ständig <u>zugenommen</u>.</p>	<p>Die österreichische Bundesregierung unterstützt vorbehaltlos die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die fast ausschließlich auf Währungsstabilität ausgerichtet ist. 2002 wiesen die fünf größten Banken(gruppen) in Österreich Gewinne nach Steuern von zusammen etwa 1 Milliarde Euro auf. Allein die Zinsüberschüsse (nach Risiko) dieser Banken betragen 2002 rund 5 Mrd. Euro.</p>
<p>Wiederum erklang 1934 die Losung „<b>Der Staat muss sparen</b>“ (Neue Freie Presse, 20.12.1934). Dabei war das Verhältnis von Staatsausgaben zur wirtschaftlichen Wertschöpfung nicht viel anders als heute: Das BIP betrug in den 30er Jahren zwischen 9 und 11 Mrd. Schilling, die Einnahmen und Ausgaben des Bundesbudgets etwa 2 Mrd. Schilling.</p>	<p>„<u>Der Staat muss sparen</u>“ (Bundesminister Wilhelm Molterer am 25.8.2000).</p> <p>2004 betragen die Staatsausgaben in Österreich (rd. 62 Mrd. Euro) gemessen am BIP (etwa 230 Mrd. Euro) ¼.</p>
<p>„Ohne <u>ausgeglichenes Budget</u> gibt es keine gesunde Währung; eine stabile Währung ist aber die unerlässliche Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaft“ erklärte Finanzminister Ludwig Draxler im Februar 1936.</p>	<p>Im Juni 2000 kündigte Finanzminister Grassler an, bis 2003 ein „<u>ausgeglichenes Budget</u>“ vorlegen zu wollen. Die Währung ist durch die Einführung des Euro stabil, die Entwicklung der Volkswirtschaft dennoch schwach.</p>
<p>Am stärksten wurde ab 1934 <u>bei den Ausgaben für Bildung, Bundesbetriebe, Investitionen und vor allem Soziales (etwa 20 %) gespart</u>. Gestiegen sind ab 1934 dagegen die <u>Ausgaben für Landesverteidigung</u> (die <u>verdreifacht</u> wurden!), weiters gestiegen sind auch die Ausgaben für die innere Sicherheit sowie für die Land- und Forstwirtschaft.</p>	<p>Am stärksten wurde in den letzten Jahren in Österreich bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung, Investitionen und Soziales gespart. Bundesbetriebe wurden privatisiert. Die jährlichen Ausgaben für <u>Landesverteidigung</u> waren 2003 um 137 Mio. Euro <u>höher</u> als 1999, jene für die <u>Landwirtschaft</u> um 223 Mio. Euro <u>höher</u> als 1999.</p>

Dennoch wurden in den 30er Jahren (bis zum Ende des Ständestaates im März 1938) in Österreich stets <u>nur Budgetdefizite</u> gemacht.	Finanzminister Grasser erreichte lediglich 2001 ein gesamtstaatliches „Nulldefizit“ dank der Budgetüberschüsse der Bundesländer. Die Budgets des Bundes allein weisen unverändert <u>ausschließlich Defizite</u> aus. Auch für die Jahre 2005 und 2006 sind Defizite vorgesehen.
Um zu Geld zu kommen wurden in der Steuerpolitik der 30er Jahre <u>Verbrauchssteuern und Gebühren drastisch erhöht</u> , die Vermögens-, Erwerbs- und Einkommensteuer waren dagegen rückläufig. Der <u>Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ging ab 1933 prozentuell zurück</u> , der Anteil der Einkommen aus Besitz und Unternehmung stieg dagegen.	Seit 2000 wurden Tabaksteuer, Mineralölsteuer, Energieabgabe, Rezept- sowie andere Gebühren und Verbrauchsteuern bereits mehrmals erhöht. Die <u>Kapitalertrags- und Vermögenssteuern</u> waren 2003 dagegen um 80 Mio. Euro <u>geringer</u> als 10 Jahre davor. <u>Der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am BIP war 2003 um 2,6 % geringer als 1993</u> , der Anteil der Unternehmergewinne und Selbständigeneinkommen dagegen um 15,8 % höher.
Um zu Geld zu kommen, gab der Staat <u>Anleihen</u> aus (1931 Wohnbauanleihe, ab 1932 Lausanner-, Treffer-, Arbeits- und Investitionsanleihe), mit denen etwa die Großglockner-Hochalpenstraße, die Wiener Reichsbrücke und die Höhenstraße gebaut und die Bahn teilweise elektrifiziert wurden. Insgesamt gingen die Investitionen und die Zahl der Straßenbauten jedoch zurück; allerdings wurden die wenigen Projekte umso mehr <u>öffentlich</u> (als „Arbeitsschlacht“) <u>vermarktet und gefeiert</u> wurden.	Allein für Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Berater hat die Bundesregierung seit 2000 – laut dem Ergebnis parlamentarischer Anfragen – rund 71 Mio. Euro ausgegeben.
Die <u>Zahl der Arbeitslosen</u> blieb im Ständestaat trotzdem <u>bei etwa 500.000</u> .	Die <u>Zahl der Arbeitslosen</u> wird nach den jüngsten Wirtschaftsprognosen <u>auch 2004 weiter steigen</u> , allenfalls 2005 leicht sinken.
<u>Jeder 4. Jugendliche bis 25 war arbeitslos</u> . Durch die anhaltende Wirtschaftskrise kam es zu einem Rückgang an Lehrstellen und einem Ansteigen der Zahl der Lehrstellensuchenden. Im Wien waren 1937 19.000 Jugendliche ohne Lehrplatz, in der Steiermark 18.000.	In Österreich sind zur Zeit etwa 60.000 junge Menschen (bis 25) auf Arbeitssuche.
Der „ <u>Freiwillige Arbeitsdienst</u> “ wurde 1934 von der Regierung als „Hauptstütze der Beschäftigungspolitik“ gesehen (Arbeitszeit 42 Stunden, 6 Tage pro Woche; die Arbeiter waren kranken- und unfallversichert, erhielten aber nur ein Taschengeld als Entlohnung). Der Arbeitsdienst wurde 1935 eine staatliche Einrichtung. Arbeitslosen, die sich weigerten, wurde die Notstandshilfe gestrichen.	Im Frühjahr 2000 schlug Wirtschaftsminister Bartenstein vor, Langzeitarbeitslose zum <u>Arbeitseinsatz bei gemeinnützigen Organisationen</u> unterzubringen; als Entlohnung war ein „Bürgergeld“ vorgesehen.
Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wurde	Im Jänner 2002 hat die Wirtschaftskammer

<p>eine „Rationalisierungssteuer“ diskutiert. Die Arbeitgeber sprachen sich aber erfolgreich gegen eine „Maschinensteuer“ aus; sie würde die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft empfindlich einschränken, wurde argumentiert.</p>	<p>„ein klares Nein“ zu einer wiederum diskutierten <u>Wertschöpfungsabgabe</u> erklärt.</p>
<p><u>Unternehmerverbände</u> forderten schon 1934 <u>Zinssenkungen</u>, die <u>Verringerung der Sozialausgaben</u> des Staates, eine weitere <u>Senkung der Produktions- und Lohnkosten</u>, die Errichtung kartellmäßiger Zusammenschlüsse, um eine gemeinsame Preispolitik zu ermöglichen sowie eine „<u>Entpolitisierung der Wirtschaft</u>“ und eine „<u>Entpolitisierung der Sozialversicherungsinstitute</u>“. Weil die Wirtschaft über „die erdrückende Abgabenlast auf der Seite der Wirtschaft“ klagte und ein „wirtschaftsfreundliches“ Steuersystem verlangte, kam es ab 1934 zu einem massiven <b>Sozialabbau</b>.</p>	<p>Die Privatisierung sei der einzige Garant für eine „<u>Entpolitisierung der Wirtschaft</u>“, erklärte Wirtschaftsbund-Generalsekretär Stummvoll im April 2000.</p> <p>Im Oktober 2002 erklärte der ÖVP-Abgeordnete Kukacka, dass eine „<u>Entpolitisierung der Sozialversicherung</u> notwendig“ sei. Gleichzeitig kam es zu einer Reihe von Angriffen auf die Selbstverwaltung der Sozialversicherung und zu parteipolitisch motivierten Umbesetzungen an der Spitze der Verwaltung.</p>
<p>Schon 1934 wurde die „<u>Zentralisierung des gesamten Kassenwesens der Sozialversicherung</u>“ im Ministerrat diskutiert. Durch die hohen Arbeitslosenzahlen verringerten sich die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen deutlich. Durch Notverordnungen der Regierung wurden <u>Leistungsaufwand und Verwaltungskosten</u> gemindert.</p>	<p>Die Zusammenlegung der Sozialversicherungen und die Verringerung des Verwaltungsaufwandes ist einer der zentralen Programmpunkte der FPÖ.</p>
<p>Ab 1934 kam es zur <u>Auflösung der Kollektivverträge</u> der Bankbeamten, Sozialversicherungsangestellten und Bundesbahnbediensteten, was jeweils zu verminderten Bezügen und Pensionen führte. Unternehmer konnten selbst bestimmen, ob in ihren Betrieben eine 44- oder 48-Stundenwoche galt.</p>	<p>Im August 2003 kündigt Verkehrsstaatssekretär Kukacka gesetzliche <u>Eingriffe in kollektivvertragliche Dienstverträge der ÖBB</u> an.</p> <p>Im Regierungsprogramm vom März 2003 ist die <u>Flexibilisierung der Arbeitszeit auf Betriebsebene</u> vorgesehen.</p>
<p>Bereits 1933 gab es rund 300.000 „ausgesteuerte“ Arbeitslose. Dennoch erfolgte 1934 die <u>Kürzung des Arbeitslosenbezuges</u> von 30 auf 20 Wochen.</p>	<p>Im Regierungsprogramm vom März 2003 ist die <u>Abschaffung der Notstandshilfe</u> bzw. ihre Eingliederung in die Sozialhilfe der Länder vorgesehen.</p>
<p>Ab 1933 war es zu einer drastischen Kürzung des Wohnbaus gekommen, Hausbesitzer verlangten nun auch die <u>Abschaffung der „Mietenzwangswirtschaft“</u>. In <u>Wien</u> kam es ab 1934 unter dem neuen regierungsfreundlichen Bürgermeister Richard Schmitz zur <u>Erhöhung der Gemeindebaumieten</u>.</p>	<p>Im Februar 2004 wurden <u>Pläne</u> aus dem Justizministerium bekannt, die eine <u>völlige Freigabe der Mietzinsbildung</u> in Österreich vorsehen.</p>
<p>Die <u>Bezugsdauer von Krankengeld</u> wurde 1935 von 78 auf 52 Wochen und in seiner Höhe um 25 % <u>gekürzt</u>, ebenso die <u>Unfallrente</u> wurde auf 60 % des Arbeitsverdienstes <u>gekürzt</u>, und die <u>Pensionszahlungen</u> der Angestellten wurden <u>gekürzt</u>.</p>	<p>Ab 1.10.2000 wurde die <u>Bezugsdauer von Krankengeld in Österreich</u> von 78 auf 52 Wochen <u>gekürzt</u>. Am 1.1.2001 trat eine <u>Besteuerung der Unfallrenten</u> in Kraft, die Einkommensverluste bis zu 40 % trachte. Ab 2004 tritt schrittweise eine <u>Pensionsreform</u> in Kraft,</p>

	die <u>Pensionszahlungen</u> um bis zu 10 % <u>kürzt</u> .
1937 gab es in Österreich <u>nur mehr 91 Arbeitsinspektoren</u> für knapp 134.000 Betriebe.	Seit 1.1.2002 müssen Arbeitsinspektoren de facto <u>Betriebskontrollen ankündigen</u> , weil die Wirtschaftskammer ein Recht hat, bei Kontrollen dabei zu sein.
Die Zahl der „Bettler“ und „Landstreicher“ nahm in Österreich ab 1934 drastisch zu.	Die Zahl der in Armut lebenden Menschen nimmt deutlich zu. Allein 2000 und 2001 hat die Zahl der in Armut lebenden Kinder und Jugendlichen in Österreich um 95 % zugenommen. Auch die Zahl der obdachlosen Personen ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen.
Die Bundesregierung behauptete 1937 dennoch, dass <u>„Österreich in der Sozialpolitik nun führend“</u> geworden sei.	Österreich sei durch eine weitsichtige Sozialpolitik führend in Europa, erklärte die ÖVP-Nationalratsabgeordnete Mikl-Leitner im März 2002.
Großes Aufsehen erregte 1936 der riesige <u>Bilanzfälschungs- und Parteispenskandal</u> der „Phönix“-Versicherungsgesellschaft, dem bis dahin größten Lebensversicherer Österreichs, der mit dem Zusammenbruch des Unternehmens endete und über 5.000 Arbeitsplätze kostete.	Österreich hatte 2003 innerhalb der EU die drittmeisten Insolvenzen gemessen an der Unternehmenszahl. In nur 12 % waren außerbetriebliche Ursachen Schuld. Die häufigsten Ursachen der rund 5.600 Insolvenzen im Jahr 2003 waren laut Kreditschutzverband Managementfehler, Fahrlässigkeit und persönliches Verschulden.  Die Bundesregierung sieht die Pensionen und Abfertigungen in Zukunft vor allem durch die private Vorsorge gesichert.
Trotz der hohen Arbeitslosigkeit und trotz der fortdauernden Wirtschaftskrise <u>verdoppelte sich von 1934 bis 1937 der Aktienindex der 34 wichtigsten Industrieaktien</u> in Österreich.	Der <u>Aktienindex der Wiener Börse</u> befand sich im Frühjahr 2004 auf einem <u>Rekordhoch</u> , obwohl das Wirtschaftswachstum bereits das vierte Jahr hindurch schwach und die Arbeitslosigkeit die höchste der 2. Republik ist.

Im März 1938 wurde Österreich ohne Widerstand vom nationalsozialistischen Regime in das Deutsche Reich eingegliedert. Die Nazis hatten in Deutschland durch erhebliche öffentliche Investitionen, Schulden und Geldschöpfung die Arbeitslosigkeit nahezu beseitigt und für viele Menschen Hoffnung auf bessere Zeiten erzeugt. Auch in den USA hatte der „New Deal“ von Präsident Roosevelt ab 1933 etwa in Form von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise deutlich gemildert. In Österreich hingegen hatten die Menschen die Hoffnung auf eine Besserung verloren.

Die Nationalsozialisten stürzten die Welt und Österreich in den verheerendsten Krieg aller Zeiten, der auch 500.000 Österreicherinnen und Österreichern das Leben kostete und unendlich viel Zerstörung und Leid hinterließ.

Das 1945 neu erstandene Österreich zog die Lehren aus der Vergangenheit, suchte in der Sozialpartnerschaft die Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und bekannte sich lange Zeit zu einer aktiven, positiv gestaltenden Rolle des Staates in der Sozial-, Wirtschafts- und Budgetpolitik.